Unsere Gemeinschaft macht Sie stark!
SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.

Mit Tradition ganz weit vorn - ein Kurzportrait

So kann man die Arbeit des SoVD auf den Punkt bringen:

- Wir beraten unsere Mitglieder zu Rente, Pflege, Behinderung, Hartz IV, Gesundheit sowie zur Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

- Wir machen der Politik Druck - soziale Gerechtigkeit ist unser Auftrag.

- Wir bieten den Menschen mit Treffen, Vorträgen und Fahrten eine echte Gemeinschaft vor Ort.

Der SoVD (Sozialverband Deutschland) ist der Beweis dafür, wie sich Tradition und Moderne bestens ergänzen. Im Jahre 1917 gegründet und später als „Reichsbund“ bekannt geworden, blicken wir stolz auf fast 100 Jahre soziales Engagement zurück - freuen uns aber gleichzeitig, immer wieder neue Wege zu beschreiten und den Blick in die Zukunft zu richten.

Als größter Landesverband im SoVD haben wir in Niedersachsen in den zurückliegenden Jahren gezeigt, wie wir gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen und innovative Konzepte erarbeiten. Dabei konnten wir uns als fachkundiger Partner der Landes- und Kommunalpolitik fest etablieren und unseren zirka 275.000 niedersächsischen Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite stehen - in rund 60 SoVD-Beratungszentren im Lande.

Unsere etwa 11.000 ehrenamtlich Aktiven erfüllen den Begriff der praktischen Solidarität täglich vor Ort mit Leben. Sie helfen bei Problemen und gestalten aktiv das Zusammenleben.

Besonders wichtig für die Weiterführung dieser Erfolgsgeschichte war es, den Weg zur eigenen Rechtsfähigkeit des SoVD in Niedersachsen als eingetragener Verein („e.V.“) zu beschreiten. Weiterhin im engen Verbund mit dem Bundesverband nutzen wir nun die kürzeren Entscheidungswege im Land, um noch besser auf die Wünsche und Vorstellungen unserer 43 Kreis- und rund 1.100 Ortsverbände einzugehen.

Als eigenständige Organisation haben wir in Niedersachsen dadurch gegenüber Politik, Verwaltung und anderen die Möglichkeit, uns noch effektiver für die sozialen Belange der Menschen stark zu machen.

Historisch gewachsen

Unser Verband wurde noch vor Ende des Ersten Weltkrieges als „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ gegründet. Nach der Selbstauflösung im Jahre 1933 - um nicht vom nationalsozialistischen Regime vereinnahmt zu werden - konnten wir als „Reichsbund“ schon 1946 unsere Neugründung feiern. Im Oktober 1999 wurde unser Verband schließlich in „Sozialverband Deutschland e.V.“ umbenannt, um schon im Namen deutlich zu machen, dass wir uns am Sozialstaats-Prinzip des Grundgesetzes orientieren.

Parteipolitische Unabhängigkeit war in der Vergangenheit dabei genauso selbstverständlich wie heute. Unser Handeln wird immer politisch, aber nie parteipolitisch sein.

Moderner Dienstleistungsverband

Der SoVD zählt bundesweit rund 560.000 Mitglieder, davon allein in Niedersachsen zirka 275.000. Wir unterstützen über eine Viertelmillion Mitglieder in allen sozialen Fragen und sind damit der mit Abstand stärkste Sozialverband des Landes.

In der SoVD-Jugend, unserer bundesweit tätigen Jugendorganisation im SoVD, engagieren sich allein in Niedersachen rund 7.500 Mitglieder bis 27 Jahre nachdrücklich für die Belange und Bedürfnisse junger Menschen mit und ohne Behinderung.

Aufgaben und Ziele des SoVD

Wir verstehen uns als sozialer, zukunftorientierter Dienstleistungsverband. Unsere Arbeit ruht dabei auf drei Säulen:

- kompetente, individuelle Sozialberatung
- sozialpolitische Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung
- geselliges Verbandsleben

Wir stehen auf der Seite der Betroffenen und sind ihr Partner, der zwischen ihnen und den Behörden vermittelt. Unsere detaillierten politischen Forderungen sind in unseren sozial-, frauen- und jugendpolitischen Programmen formuliert.

Unsere Mitglieder können sich in rund 60 niedersächsischen SoVD-Beratungszentren zu allen Fragen des Sozialrechts fachkundig beraten und informieren lassen.

Im Rahmen dieser Dienstleistungen ist die Vertretung vor dem Landessozialgericht ebenso sichergestellt wie vor den Sozialgerichten in Aurich, Oldenburg, Stade, Lüneburg, Hildesheim, Braunschweig, Hannover und Osnabrück.

Wir setzen uns ein

- für die Stärkung und den Erhalt der solidarischen Sozialversicherung,
- für materielle Sicherheit und Unabhängigkeit im Alter und bei Erwerbsminderung,
- für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung,
- für eine würdevolle Pflege,
- für eine gerechte und solidarische Krankenversicherung,
- für die umfassende Teilhabe und Gleichstellung von Mädchen und Frauen,
- für ein wirksames soziales Entschädigungsrecht.

Diese und viele weitere sozialpolitische Interessen der Menschen vertreten wir gegenüber Gesetzgebern, Regierungen und der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus arbeiten wir in zahlreichen Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften und Beiräten mit und machen uns stark für ein Europa der sozialen Sicherheit, in dem Chancengleichheit für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen selbstverständlich ist.

Innovative Beratungsmöglichkeiten

Mit unserem Pflegenotruftelefon helfen wir darüber hinaus Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei akuten Problemen direkt am Telefon.

Jetzt Mitglied werden!

Für nur 6 Euro (Partnermitgliedsbeitrag 9 Euro und Familienmitgliedsbeitrag 10 Euro) monatlich können Sie Mitglied werden - unsere Gemeinschaft macht Sie stark!

Die Zukunft im Blick: Themen und Positionen des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V.

Gesundheitsversorgung

Die umfassende gesundheitliche Versorgung ist eine vorrangige sozialpolitische Aufgabe des Staates. Unverzichtbare Voraussetzung und tragender Pfeiler im System der Gesundheitssicherung ist eine sozial und solidarisch ausgerichtete Krankenversicherung. Im Krankheitsfall müssen alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer finanziellen Situation Zugang zu allen erforderlichen Gesundheitsleistungen erhalten.

Privatwirtschaftliche Elemente in der gesetzlichen Krankenversicherung lehnen wir ab. Sie laufen dem solidarischen Gedanken der Krankenversicherung zuwider.

Um die gesetzliche Krankenversicherung solidarisch auszubauen und langfristig auf eine solide Finanzierungsbasis zu stellen, muss sie zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in der ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger versichert sind. In einer solidarischen Bürgerversicherung soll jeder entsprechend seiner finanziellen Leistungsfähigkeit Beiträge zahlen. Die paritätische Finanzierung des Versicherungsbeitrags von Arbeitnehmer und Arbeitgeber muss wieder hergestellt werden.

Materielle Sicherheit und Unabhängigkeit im Alter und bei Erwerbsminderung

Ziel der Alterssicherung muss es sein, den nach Eintritt in den Ruhestand wegfallenden Lohn zu ersetzen und den Lebensstandard im Alter abzusichern. Der SoVD bekennt sich zum Drei-Säulen-System der Alterssicherung,

in dem die gesetzliche Rentenversicherung die erste und wichtigste Säule darstellt. Sie darf nicht zu Gunsten der betrieblichen Altersvorsorge als zweiter Säule und der privaten Altersvorsorge als dritter Säule abgebaut werden.

Die solidarische und umlagefinanzierte Rentenversicherung hat sich bewährt. Dieses System muss unter Beibehaltung der paritätischen und staatlichen Verantwortung weiterentwickelt werden. Die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, die Einführung einer Mindestsicherung für langjährig Versicherte mit geringem Verdienst sowie der weitere Ausbau der eigenständigen Alterssicherung von Frauen sind die Schwerpunkte.

Jede weitere Verschlechterung bei den Rentenleistungen würde die verfassungsrechtliche Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung gefährden. Es darf deshalb keine weiteren Kürzungen bei den gesetzlichen Renten geben. Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung muss es auch in Zukunft sein, den wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung im Alter zu leisten.

Dabei sind wir stets offen für neue Wege und erarbeiten gerechte Lösungsvorschläge für soziale Fragen.

Für eine würdevolle Pflege

Die Sicherstellung einer würdevollen Pflege ist eine erstrangige Aufgabe jeder solidarischen Gesellschaft. Die 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet. Dennoch ist eine Fortentwicklung der Pflegeversicherung erforderlich. Im Mittelpunkt einer Reform muss die Verbesserung der Lebenssituation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen stehen.
Der geltende Pflegebedürftigkeitsbegriff muss mit dem Ziel weiterentwickelt werden, den Pflegebedarf im Einzelfall umfassend festzustellen. Die Leistungen der Pflegeversicherung, die erst ab dem Jahr 2014 dynamisiert werden, müssen schon jetzt an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst werden, um die steigenden Kosten bei der Pflege und Betreuung abzufangen.

Die häusliche Pflege stärken

Menschen mit Pflegebedarf wollen zu Hause und in ihrer gewohnten Umgebung leben. Dazu ist der Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen (wie Mehrgenerationenwohnungen, Wohngemeinschaften, tagesstrukturierende Angebote in Tageseinrichtungen) sowie wohnortnaher Unterstützungsangebote erforderlich. Eine qualifizierte Pflegeberatung muss flächendeckend eingeführt werden.

Pflegende Angehörige und nahestehende Personen sind durch den Ausbau entlastender Angebote zu unterstützen. Ein regelmäßiger Anspruch auf eigene medizinische Rehabilitationsmaßnahmen, um Krisensituationen und eigene Erkrankungen zu vermeiden, ist unverzichtbar. Ebenso ein Rechtsanspruch auf eine bis zu sechs Monaten geltende Pflegezeit bei Sicherung des bisherigen oder gleichwertigen Arbeitsplatzes, wie sie der SoVD mit seinem Entwurf für ein Pflegezeitgesetz gefordert hat.

Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen

Für eine Inklusive Gesellschaft

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mit der am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die niemanden ausschließen und die die Bedürfnisse von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen berücksichtigen.

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention fordert ein inklusives Bildungssystem – behinderte Kinder sollen im Regelfall gemeinsam mit nicht behinderten Kindern an allgemeinen Schulen unterrichtet werden. Die Verwirklichung eines inklusiven Bildungswesens bedeutet aus Sicht des SoVD die zentrale Herausforderung für die Bildungspolitik in den kommenden Jahren. Mehr als 80 Prozent der

SoVD
Sozialverband
Deutschland

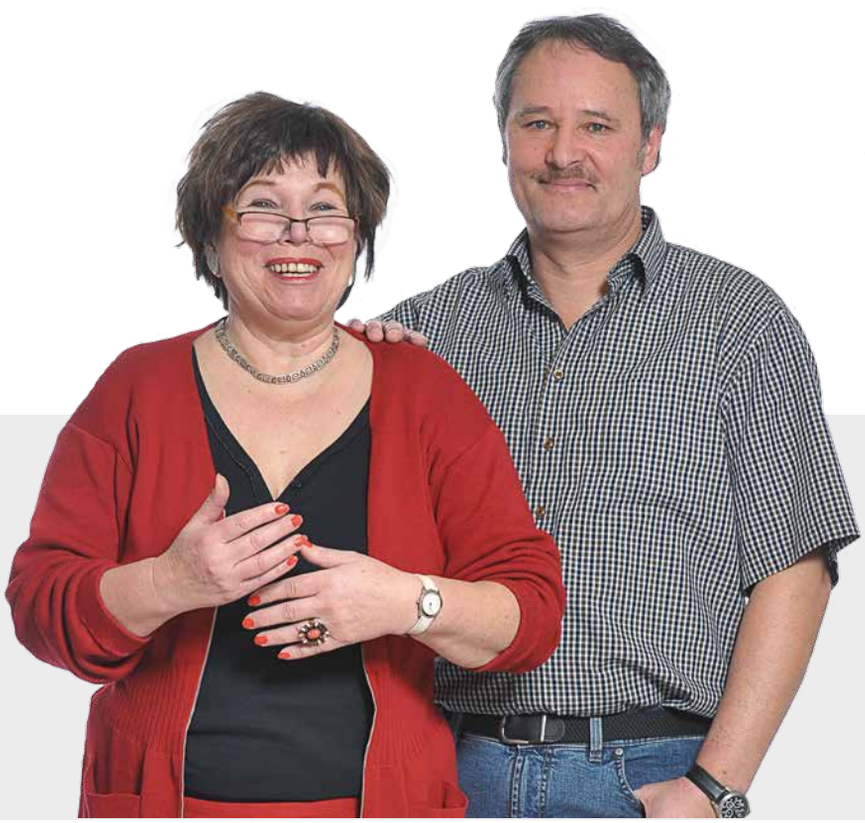
Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden in Deutschland vom Besuch der Regelschule ausgeschlossen und stattdessen auf Sonderschulen verwiesen. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass sich dies ändert.

Auch in Niedersachsen machen wir uns für eine inklusive Gesellschaft stark. Als Motor eines Bündnisses, das ausschließlich die Interessen der betroffenen Menschen im Blick hatte, haben wir uns erfolgreich für ein Landesgleichstellungsgesetz eingesetzt. Damit sind auch in Niedersachsen die gesetzlichen Voraussetzungen für den Schutz vor Benachteiligungen und zur Herstellung umfassender Barrierefreiheit geschaffen worden.
Mit der Ausrichtung von Fachtagungen und Veranstaltungen setzen wir uns darüber hinaus für ein inklusives Bildungswesen in Niedersachsen ein.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt!

Geschlechter-Demokratie

Gleichstellung und Geschlechter-Demokratie (Gender Mainstreaming) sind Begriffe, die mit einer zukunftsorientierten Frauenpolitik verbunden sind. Auch für die Frauen im SoVD - ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung - haben sie zentrale Bedeutung. Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme fordert Gleichstellungspolitik neu heraus. Der schleichende



Abschied von Elementen des solidarischen Ausgleichs, verbunden mit einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und des erwerbsorientierten Versicherungsprinzips bringt neue Benachteiligungen für Frauen.
Ein neues Frauen- und Familienleitbild muss in Politik und Gesellschaft verankert werden. Ziel muss es sein, dass Frauen von Transferleistungen oder Partnereinkommen unabhängig sein können, gleichberechtigt teilhaben und familienbedingte Erwerbsunterbrechungen nicht zu Nachteilen führen.

Konsequente Gleichstellungspolitik

Um Gleichstellungs- und Frauenpolitik transparent zu gestalten, bieten die Frauen im SoVD-Landesverband Tagungen und Veranstaltungen zur Frauen- und Familienpolitik, Weiterqualifizierungsmaßnahmen und Netzwerkarbeit an. Zur Stärkung dieser Netzwerke arbeiten sie mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie anderen Verbänden und Institutionen zusammen. Um Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, sind die Frauen des SoVD außerdem in verschiedenen Gremien vertreten. Die Forderungen und Vorschläge für eine zukunftsorientierte Frauenpolitik sind im frauenpolitischen Programm formuliert.

Engagement und Aktivitäten der Frauen im SoVD zeichnen sich vor allem durch Öffentlichkeits- und Projektarbeit aus. Insbesondere das netzwerkübergreifende Frauenfrühstück, die Fachtagungen zu aktuellen frauenpolitischen Themen (Frauengesundheit, Frauenpolitik in Niedersachsen, Pflege, Ehrenamt) und die Familienseminare haben sich als feste Bestandteile der Frauenarbeit etabliert.

Diese Angebote sind für alle interessierten Frauen geöffnet – und auch weiteres ehrenamtliches Engagement ist immer herzlich willkommen.

Immer mittendrin – die SoVD-Jugend Niedersachsen

Was ist die SoVD-Jugend?

Die SoVD-Jugend ist ein Zusammenschluss von behinderten und nicht behinderten jungen Menschen. In Niedersachsen zählen über 7.500 Mitglieder bis 27 Jahre zur SoVD-Jugend. Das Besondere an allen Angeboten der SoVD-Jugend ist die Inklusion; das heißt, alle Angebote richten sich an behinderte und nicht behinderte junge Menschen.

Aufgaben und Ziele der SoVD-Jugend

Die SoVD-Jugend bietet Treffen, Ausflüge, Projektarbeit, Seminare, Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Ferienfahrten und gemeinsame Aktivitäten mit befreundeten Jugendverbänden.

Natürlich ist die SoVD-Jugend auch jugendpolitisch aktiv, um sich für die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen mit und ohne Behinderung einzusetzen. Besonders wichtig ist es dabei, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig gefördert und inklusiv beschult werden und dass sie einen Anspruch auf qualifizierte Ausbildung, Studium sowie das Recht auf Arbeit haben.

Alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber müssen ihrer Ausbildungs- und Arbeitsplatzverantwortung vor allem gegenüber behinderten Jugendlichen nachkommen. Die SoVD-Jugend will die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, ihre gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung. Bauliche und gesellschaftliche Barrieren müssen abgebaut, persönliche Assistenz und Arbeitsassistenz bereitgestellt, soziale Sicherung für junge Betroffene geschaffen und damit Chancengleichheit für alle verwirklicht werden.

Alle Vorstellungen und Forderungen erörtert die SoVD-Jugend mit Jungpolitikerinnen und -politikern aller Parteien in Niedersachsen.

Interessiert?

Aktuelle Informationen und Veranstaltungen sind im Internet auf der Homepage www.sovd-jugend-nds.de nachzulesen.

Wer interessiert ist oder an einem Projekt der SoVD-Jugend teilnehmen möchte, meldet sich einfach bei nebenstehender Adresse.

Kontakt:
SoVD-Jugend Niedersachsen
Herschelstr. 31
30159 Hannover
Tel.: 0511/70148-93
Fax: 0511/70148-70
E-Mail: sovd-jugend@sovd-nds.de
www.sovd-jugend-nds.de

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover
Telefon: 0511/70148-0
www.sovd-nds.de

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.